

STADT VELBERT

NIEDERSCHRIFT

über die **Sitzung des Rates**
am **Dienstag, dem 28.11.2017.**
(26. Sitzung)

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr

Sitzungsende: 20:20 Uhr

Sitzungsort: Saal Velbert, Rathaus, Thomasstraße 1, 42551 Velbert

Unter Vorsitz des Bürgermeisters Herrn Lukrafka sind anwesend:

a) die Ratsmitglieder:

Frau Ammann
Herr Arshad
Herr Auer
Herr aus dem Siepen
Frau Becker bis 19:35 Uhr (TOP 20)
Herr Dr. Beckröge
Herr Dr. Bender
Herr Bicerik
Herr Bolz
Herr Cleve
Herr Conze
Frau Dabrock-Kalb
Herr Demircan
Frau Djuric
Herr Frank Engel bis 19:55 Uhr (TOP 20)
Herr Holger Engel ab 16:30 Uhr (TOP 2)
Frau Exner
Herr Fülling ab 17:12 Uhr (TOP 2)
Herr Harry Gohr
Herr Matthias Gohr
Herr Greco
Frau Haase
Frau Hagling
Herr Hilgers
Herr Hofmann ab 16:30 Uhr (TOP 2)
Herr Hübinger
Frau Dr. Kanschat
Herr Kitzrow
Herr Hans Küppers
Herr Thomas Küppers
Herr Küppersbusch
Frau Liebig

Herr Ludwig
Herr Martin
Frau Meulenkamp
Herr Münchow
Herr Mundt
Herr Oentrich
Herr Otterbeck
Herr Piechotta
Herr Ratajczak
Herr Rodax
Herr Röhr
Frau Rolf
Frau Rotert ab 16:55 Uhr (TOP 2)
Herr Schäfer
Herr Schaubruch
Herr Schiweck
Herr Schmidt
Herr Hermann-Josef Schmitz
Herr Klaus Schmitz
Herr Hans-Dieter Schneider
Herr Karsten Schneider ab 17:05 Uhr (TOP 2)
Herr Schwarz
Frau Schween ab 16:15 Uhr (TOP 2)
Frau Spiekermann
Herr Stiegelmeier
Herr Tonscheid
Herr Weise
Herr Wilke
Herr Zöllner

es fehlt entschuldigt:

Frau Tassioula

b) von der Verwaltung:

Herr Beigeordneter Böll
Herr Blißenbach
Herr Bredtmann
Herr Dreke (Personalrat)
Herr Frege
Herr Hackethal
Herr Keller
Herr Knauer
Frau Küster
Herr Lindemann, Vorstand TBV
Herr Löbbert
Herr Mickenheim
Herr Peitz
Herr Sauerwein
Frau Schäfer
Herr Schütz
Herr Wosimski

c) von der Presse im öffentlichen Teil:

drei Vertreter

d) als Gast:

Herr Willenborg von der Firma BDO AG (Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) zu TOP 12

e) als Schriftführer:

Herr Welte

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung um 16:05 Uhr, er begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Dem Vorschlag des Bürgermeisters, die als Tischvorlage vorliegende Tagesordnung mit Stand vom 24.11.2017 und den damit verbundenen Änderungen (neu TOP 2.4.1 „*Stellenplan der Beamten und tariflich Beschäftigten für das Haushaltsjahr 2018*“ und neu TOP 2.18.1 „*Haushaltsatzung der Stadt Velbert für das Haushaltsjahr 2018; 6. Fortschreibung HSP 2012 ff.*“) zum Gegenstand der Beratung zu machen, stimmt der Rat einmütig zu.

Zudem begründet der Bürgermeister die Notwendigkeit, den Stellenplan (TOP 2.4 / 2.4.1) erst unmittelbar vor der Haushaltssatzung (TOP 2.18) zu beraten. Eventuell noch vorzunehmende Änderungen im Stellenplan aufgrund von möglichen Beschlussfassungen zum Haushalt könnten sonst bei vorheriger Beratung dort nicht mehr eingefügt werden. Der Verschiebung des Tagesordnungspunktes wird seitens des Rates einmütig zugestimmt.
(Hinweis: Die Protokollierung erfolgt jedoch in der Reihenfolge der Tagesordnung.)

Weitere Änderungswünsche hinsichtlich der Tagesordnung werden nicht geäußert, so dass der Rat folgende **Tagesordnung** genehmigt:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Anfragen
 - 1.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sachstand Bundesdatenschutzgesetz
 - 1.1.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sachstand Bundesdatenschutzgesetz
2. Haushalt 2018
 - 2.1 Haushalt 2018
Zusätzliche Baumaßnahmen an Grundschulen - Finanzierung
 - 2.2 - Kommunalinvestitionsfördergesetz - Kapitel 2
 - 2.3 Änderung der Vergnügungssteuersatzung mit Wirkung vom 01.01.2018
 - 2.4 Stellenplan der Beamten und tariflich Beschäftigten für das Haushaltsjahr 2018
 - 2.4.1 Stellenplan der Beamten und tariflich Beschäftigten für das Haushaltsjahr 2018
 - 2.5 Antrag der Fraktion Piraten Partei
Bildung einer neuen HSP-Maßnahme mit dem Zweck der Reduzierung der Energiekosten
 - 2.6 Antrag der CDU-Fraktion
Erhöhung der Sportpauschale

- 2.7 Antrag der CDU-Fraktion
Straßenraum- und Platzgestaltung
- 2.8 Antrag der CDU-Fraktion
Erarbeitung eines Konzeptes für die öffentlichen Plätze im Stadtgebiet
- 2.9 Antrag der CDU-Fraktion
Räumliche Interimslösung für die Veranstaltungen während der Umbauphase des Forums
Niederberg
- 2.10 Antrag der CDU-Fraktion
Sicherheit und Sauberkeit in Velbert- Stärkung des "Kommunalen Ordnungsdienstes
/KOD"
- 2.11 Antrag der SPD-Fraktion
Öffnungszeiten in den Bezirksverwaltungsstellen
- 2.12 Antrag der SPD-Fraktion
Fördermittelmanager
- 2.13 Antrag der SPD-Fraktion
Informationskampagne für weiterführende Schulen
- 2.14 Antrag der SPD-Fraktion
Schnellbuslinie nach Düsseldorf
- 2.15 Antrag der SPD-Fraktion
Nächtliche ÖPNV-Verbindungen in Velbert
Taktung Buslinie 649
- 2.16 Antrag der FDP-Fraktion
Antrag auf Erhöhung der Finanzmittel an Velberter Schulen
- 2.17 Antrag der FDP-Fraktion
Digitalisierungsstrategie für Velbert / Schaffung einer Stelle Digitalisierungsbeauftragte /
Digitalisierungsbeauftragter
- 2.18 Haushaltssatzung der Stadt Velbert für das Haushaltsjahr 2018; 6. Fortschreibung HSP
2012 ff.
- 2.18.1 Haushaltssatzung der Stadt Velbert für das Haushaltsjahr 2018; 6. Fortschreibung HSP
2012 ff.

3. Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 417 - Bernsaustraße - 2.
Änderung
- 3.1 Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 417 -Bernsaustraße - 2.
Änderung
hier Stellungnahmen des LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland vom 07.07.2017
- 3.2 Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 417 - Bernsaustraße - 2.
Änderung
hier: Stellungnahmen der Stadtwerke Velbert GmbH vom 21.06.2017
- 3.3 Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 417 - Bernsaustraße - 2.
Änderung
hier Stellungnahmen des Kreises Mettmann vom 10.07.2017

4. Beschlussfassung über den Bebauungsplan Nr. 417 - Bernsaustraße - 2. Änderung als
Satzung

5. Beschlussfassung über die Erweiterung des Integrierten Handlungskonzepts Velbert-Mitte
um die Maßnahme "Quartiersbildung und Identitätsstiftung Innenstadt Velbert-Mitte 2017 /
2018"

6. Stadt-Umland-Kooperation "Zwischen Rhein und Wupper" - Beschluss zur Weiterführung
der gemeinsamen Arbeit in dem neuen Kooperationsraum

7. "Gute Schule 2020" - Breitbandkonzept Schulen

8. Raumbedarf an Grundschulen
- 8.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Planung eines Neubaus einer 3-zügigen Grundschule am Standort "Grünstraße"
9. Haushaltsangelegenheiten
- 9.1 Haushaltsangelegenheiten
Verfügung der Bezirksregierung Düsseldorf vom 15.11.2017 zur Haushaltssatzung 2017 der Stadt Velbert und zur 5. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans
- 9.2 Stand der HSP-Maßnahmen zum III. Quartal 2017
- 9.3 Bericht zum III. Quartal 2017
10. Angelegenheiten der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH
11. Jahresabschluss Technische Betriebe Velbert AöR
12. Entwurf Gesamtabchluss der Stadt Velbert zum 31.12.2016
13. Antrag Fraktion Piraten Partei
Veränderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zu Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege
14. Antrag der Fraktion Piraten Partei
Veränderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme an der "Offenen Ganztagschule" in der Primarstufe der Stadt Velbert
15. Antrag der Fraktion Piraten Partei
Errichtung eines Schulverbundes bestehend aus der KGS Sonnenschule und GGS Regenbogenschule
16. Antrag der Piraten Fraktion zu den Haushaltsberatungen
Freier Eintritt für alle Besucher des Schloss- und Beschlägemuseums
17. Antrag der Fraktion Piraten Partei
Einführung eines digitalen Sitzungsdienstes
18. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Einführung einer Versionierung der Dokumente im Ratsinformationssystem
19. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vandalismussichere Beleuchtung des Panoramaradweges
- 19.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vandalismussichere Beleuchtung des Panoramaradweges
20. Öffnungszeiten des Panoramabads
21. Neuwahlen zu den Ausschüssen
- 21.1 Neuwahlen zu den Ausschüssen
- 21.2 Bestellung der Mitglieder des Rates der Stadt Velbert für den Lenkungskreis "Strategie zur Optimierung des Gesamtkonzerns Stadt Velbert"
22. Nachträge
23. Mitteilungen der Verwaltung
24. Verschiedenes

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

- 25. Anfragen
- 26. Darlehensangelegenheiten
- 26.1 Darlehensangelegenheiten;
Umschuldungskredit
- 26.2 Darlehensangelegenheiten;
Umschuldungskredit Altdarlehen
- 27. Angelegenheiten der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH
- 28. Nachträge
- 29. Mitteilungen der Verwaltung
- 30. Verschiedenes
- 31. Bekanntgabe des wesentlichen Inhalts der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Die Beratung der vorstehenden Tagesordnungspunkte führt zu folgenden **Ergebnissen**:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**1. Anfragen**

**1.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sachstand Bundesdatenschutzgesetz
Vorlage: 330/2017**

Die schriftliche Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten der Stadt Velbert zu der vorliegenden Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen findet sich in der Vorlage 330/2017 1. Ergänzung (TOP 1.1.1) wieder.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die vorliegende Stellungnahme und fragt nach dem jährlichen Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten. Der Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten liege nach Aussage des Bürgermeisters noch nicht vor, da der aktuelle Stelleninhaber erst vor ca. neun Monaten die Tätigkeit aufgenommen habe.

**Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:
Sachstand BDSG/DS-GVO**

In wie weit laufen die Vorbereitungen zur Anpassung des Datenschutzes in der Verwaltung und in den städtischen Tochtergesellschaften in Hinsicht auf die EU Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)?

BDSG

- Sachstandsbericht des Datenschutzbeauftragten 2016 und interne Verfahrensverzeichnisse
- Anzahl der Anfragen nach §34 BDSG?

- Sind alle Wartungsverträge/Dienstleistungen/Verfahren über Auftragsdatenverarbeitungsverträge oder andere Rechtsgrundlagen abgesichert?
(Bitte um eine tabellarische Übersicht)

DS-GVO

- Welche konkreten Maßnahmen werden ergriffen, um die Anforderungen zu erfüllen?
- Welche Maßnahmen der DS-GVO sind für die Verwaltung bzw. für die Töchter der Stadt Velbert besonders wichtig?
- Aktueller Sachstand
- Gibt es ein Schulungskonzept für die Datenschutzbeauftragten?
- Darstellung des Prozesses der Risiko-Folgenabschätzung
- Darstellung des Prozesses zur Data-Breach-Notification

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

1.1.1 **Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Sachstand Bundesdatenschutzgesetz**

Vorlage: 330/2017 1. Ergänzung

Die schriftliche Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten der Stadt Velbert zu der vorliegenden Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lautet wie folgt:

Bericht:

Sachstand BDSG/DS-GVO

In wie weit laufen die Vorbereitungen zur Anpassung des Datenschutzes in der Verwaltung und in den städt. Tochtergesellschaften in Hinsicht auf die EU Datenschutzgrundverordnung (DS GVO)?

Die EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-Verordnung 2016/79) „zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten“ (EU-DSGVO) ist nach der Veröffentlichung im Amtsblatt der EU am 25.05.2016 in Kraft getreten. Ab dem 25.05.2018 wird sie unmittelbar in allen Mitgliedsstaaten Geltung haben und ist dementsprechend direkt anwendbares Recht.

Die EU-DSVGO beinhaltet 99 Artikel und 173 sog. Erwägungsgründe.

Nationale Regelungsspielräume bestehen nur noch in einem begrenzten Umfang. Diese werden durch Änderungen im Bundes- bzw. in den Landesdatenschutzgesetzen teilweise ausgefüllt werden müssen.

Das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) wurde mittlerweile überarbeitet – Beschluss als Teil des Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU (DSAnpUG-EU) -, und wird am 25.05.2018 in Kraft treten und das noch aktuelle Bundesdatenschutzgesetz komplett ersetzen.

Das für Kommunen in Nordrhein-Westfalen maßgebliche Datenschutzgesetz NRW ist hingegen noch nicht neu gefasst.

Die EU-DSGVO enthält u. a. Regelungen zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen (wie Vorgaben zur Datenverarbeitung, Rechte von Betroffenen sowie Pflichten von Verantwortlichen).
Es werden umfangreiche Informations- und Dokumentationspflichten (z. B. Führung von

sog. Verarbeitungsverzeichnissen) gefordert, Prüf- und Kontrollpflichten ausgeweitet sowie die Rolle der Datenschutzbeauftragten geändert.

Insgesamt betrachtet, bestehen derzeit noch viele Unsicherheiten, wie die Neuerungen umzusetzen sind. Die kommunalen Spitzenverbände haben in Gesprächen u. a. mit der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen (LDI) deutlich gemacht, dass praxisorientierte Leitfäden und Informationen für die Kommunen von Seiten der LDI notwendig sind. Vorhanden sind bisher Hinweise und Orientierungshilfen verschiedener Gremien der Aufsichtsbehörden der Länder. Die LDI stellt hierbei aber klar, dass es sich nur um die Auffassung der LDI handelt und zur verbindlichen und einheitlichen Auslegung der DS-GVO der Europäische Datenschutzausschuss und die Gerichte berufen sind.

Daneben sind weitere Praxishilfen z. B. von der Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherheit e. V. oder von der Bitkom e. V. (Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V.) vorhanden.

Es werden jedoch, aufgrund der vielen unbestimmten Rechtsbegriffe, auch über den 25. Mai 2018 hinaus Unsicherheiten bestehen bleiben.

In der Verwaltung werden derzeit alle bestehenden Verfahren, mit denen automatisiert personen-bezogene Daten verarbeitet werden, überprüft und sich hinsichtlich notwendiger Anpassungen mit den Softwareherstellern/Anbietern in Verbindung gesetzt. Die Softwarehersteller, für die die neuen Anforderungen der DS-GVO ebenfalls gelten, sind ebenso im Umstellungsprozess. Einzelne Anbieter haben bereits mitgeteilt, für ihre Verfahren die entsprechenden Verarbeitungsverzeichnisse zeitgerecht zur Verfügung zu stellen.

Im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der DS-GVO werden auch alle bestehenden Verträge zur Auftragsdatenverarbeitung (s.u.) zu bewerten und ggf. neu abzuschließen sein (Auftragsverarbeitungsvereinbarungen).

Dies betrifft voraussichtlich auch die bestehenden Wartungs-/Fernwartungsverträge.

Weiterhin werden die Dienstanweisungen/Geschäftsanweisungen u. a. die Dienstanweisung Datenschutz für die Stadtverwaltung Velbert, hinsichtlich der neuen Begrifflichkeiten und neuen Anforderungen nach der DS-GVO überarbeitet werden.

Idealerweise soll eine Muster-Dienstanweisung – zumindest für den gesamten Kreis Mettmann - erarbeitet werden. In der nächsten Arbeitssitzung der Datenschutzbeauftragten des Kreises Mettmann – am 14.12.2017 in Velbert – wird u. a. auch die Erstellung einer solchen Muster-Dienstanweisung (gleichlautend als Rahmen für die kreisangehörigen Städte) beraten werden.

Gleiches gilt für eine einheitliche Subsumtion des Begriffes „Verarbeitungstätigkeit“ und „Verzeichnis für Verarbeitungstätigkeiten“ nach Art. 30 der DS-GVO.

Dieses Verzeichnis betrifft sämtliche – auch teilweise – automatisierte Verarbeitungen sowie nicht-automatisierte Verarbeitungen personenbezogener Daten, die in einem Dateisystem gespeichert sind oder gespeichert werden sollen.

Auch aufgrund der neuen und zusätzlichen Erfordernisse der DS-GVO (wie z. B. Stress-tests) wurde ein IT-Sicherheitsbeauftragter ernannt, der die bestehende IT-Sicherheitsrahmenrichtlinie der Stadt Velbert aktualisieren und anpassen wird. Ebenso wird der IT-Sicherheitsbeauftragte ein IT-Sicherheitskonzept und ein IT-Notfallkonzept erarbeiten.

Darüber hinaus ist beabsichtigt, den gesamten Umstellungsprozess von externer Seite zusätzlich begleiten zu lassen.

Zu den weiteren Fragen:

BDSG

Sachstandsbericht des Datenschutzbeauftragten 2016 und interne Verfahrensverzeichnisse

Ein Bericht wird nicht erstellt.
(Der Bericht des LDI erfolgt alle 2 Jahre)

Das Verfahrensverzeichnis gem. § 8 Datenschutzgesetz NRW wird elektronisch geführt und muss überführt werden in ein Verzeichnis aller Verarbeitungstätigkeiten (Art. 30 DS-DVO).

Ein neues Verfahren - Software - ist noch auszuwählen. (Ziel ist es, in Absprache mit den Datenschutzbeauftragten aus dem Kreis Mettmann ein einheitliches Verfahren zu nutzen).

Anzahl der Anfragen nach § 34 BDSG

Es liegen hier keine Erkenntnisse auf entsprechende Anfragen vor.

Sind alle Wartungsverträge/Dienstleistungen/Verfahren über Auftragsdatenverarbeitungsverträge oder andere Rechtsgrundlagen abgesichert?

Es werden derzeit alle Verträge/Dienstleistungen/Verfahren hinsichtlich der Regelungen der DS GVO überprüft und ggf. angepasst (Bestandsaufnahme/Abfrage bei den Stabsstellen/Fachbereichen und div. Softwareherstellern).

Gem. des Verfahrensverzeichnisses werden derzeit 4 Fachverfahren außerhalb der Verwaltung auf in Deutschland befindlichen Rechenzentren gehostet (betrieben).

Es handelt sich um die Verfahren

Fundus	Fachverfahren Fundsachenverwaltung
Butler Behörde 21	Fachverfahren Betreuungsbehörde
Interamt.de-Software	Bewerbungs- Bewerberverfahren
Autista	Fachverfahren Standesamtswesen/ elektronisches Personenstandsregister

Verträge zur Auftragsverarbeitung wurden abgeschlossen

DS-GVO

Welche konkreten Maßnahmen werden ergriffen, um die Anforderungen zu erfüllen?

s. Erläuterungen oben

Welche Maßnahmen der DS-GVO sind für die Verwaltung bzw. für die Töchter der Stadt Velbert besonders wichtig?

Nach jetziger Einschätzung sind insb. die umfangreichen Informations- und Dokumentationspflichten (wie etwa die Führung der sog. Verarbeitungsverzeichnisse (Prozessdarstellungen)) sowie die Prüf- und Kontrollpflichten zu nennen.

Aktueller Sachstand

s. Erläuterungen oben

Gibt es ein Schulungskonzept für die Datenschutzbeauftragten

Für jede Stabsstelle/Fachbereiche sind Ansprechpartner für den Datenschutzbeauftragten benannt. Es finden bei Bedarf Abstimmungen statt. Die benannten Personen werden zukünftig stärker für die Tätigkeiten des Datenschutzes herangezogen werden müssen. Ein abschließendes Konzept/Schulungskonzept liegt noch nicht vor.

Darstellung des Prozesses der Risiko-Folgeabschätzung

Die bisherige Vorabkontrolle bei Verfahren mit automatisierter Verarbeitung von personenbezogenen Daten wird von der Datenschutz-Folgeabschätzung (DSFA) abgelöst. Die Vorabkontrolle, für die bisher der Datenschutzbeauftragte zuständig war, wird zukünftig der Verantwortliche (BM, Beauftragte MA) selbst durchführen müssen. Selbstverständlich wird sich der Datenschutzbeauftragte beratend einbringen.

In Art. 35 Abs. 1 DSGVO (DSFA) ist die Pflicht für den Verantwortlichen verankert, vor Beginn einer geplanten Datenverarbeitung eine Abschätzung der Folgen der Verarbeitungsvorgänge für den Schutz personenbezogener Daten vorzunehmen und zu dokumentieren.

Ob eine DSFA durchzuführen ist, ergibt sich aus einer Risikoabwägung der Verarbeitungsvorgänge. Diese Pflicht besteht insb. dann, wenn die Verarbeitung voraussichtlich ein hohes Risiko für die Rechte und Pflichten natürlicher Personen zur Folge hat.

Gem. Art. 35 Abs. 4 DSGVO sind die Aufsichtsbehörden verpflichtet, eine Liste der Verarbeitungsvorgänge, für die ihrer Ansicht nach eine DSFA durchzuführen ist, zu erstellen und zu veröffentlichen.

Einen ersten Hinweis hat die Artikel-29-Datenschutzgruppe (= unabhängiges Beratungsgremium der Europäischen Kommission in Fragen des Datenschutzes) gegeben. Es werden zehn Kriterien genannt, die für ein hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten einer natürlichen Person sprechen. Wenn weniger als zwei der Kriterien erfüllt sind, muss nicht unbedingt eine Folgeabschätzung erfolgen.

Die Kriterien wären:

- Scoring/Profiling
- Automatische Entscheidungen, die zu rechtlichen Folgen für die Betroffenen führen
- Systematische Überwachung
- Besondere personenbezogene Daten gem. Art. 9 DSGVO
- Daten, die in großen Umfang verarbeitet werden
- Zusammenführen/kombinieren von Daten die durch unterschiedliche Prozesse gewonnen wurden
- Daten geschäftsunfähiger oder beschränkt geschäftsfähiger Betroffener
- Einsatz neuer Technologien oder biometrischer Verfahren
- Datentransfer in Länder außerhalb der EU/EWR
- Die Datenverarbeitung hindert Betroffenen an der Rechtsausübung

Die Datenschutzgruppe hat vornehmlich eine beratende Funktion. Die Stellungnahmen der Gruppe sind nicht bindend.

Aufbauend auf den Hinweisen/Leitlinien werden die Datenschutzaufsichtsbehörden eine nicht abschließende Liste mit Verarbeitungstätigkeiten, bei den eine DSFA durchzuführen ist, veröffentlichen.

Die LDI erläutert aber auch, dass Art. 35 Abs. 10 DSGVO wiederum eine Ausnahme von der o. a. Regelung – der Durchführung einer DSFA - vorsieht und auf eine Öffnungsklausel für den öffentlichen Bereich hinweist. Denkbar wäre demnach die Durchführung einer allgemeinen DSFA bei Erlass einer Vorschrift und der damit verbundene Verzicht auf eine DSFA im Einzelfall, wenn beispielsweise ein Standardprozess IT-gestützt durch einen Dienstleister umgesetzt und mehreren Kundinnen und Kunden angeboten wird. (wie dies in der Kommunalverwaltung eigentlich die Regel ist).

Die Anpassung des Datenschutzrechts Nordrhein-Westfalens bleibt insoweit abzuwarten.

Hier ist eine kreisweite Abstimmung anzustreben.

Darstellung des Prozesses zur Data-Breach-Notification

Was ist ein Data Breach?

Ein Data Breach (=Datenpannen) sind Verstöße gegen Datensicherheit und den Datenschutz, bei denen personenbezogene Daten Unberechtigten vermutlich oder erwiesenermaßen bekannt werden. Hierzu gehören auch Hackerangriffe, Verluste von Speichermedien, unbefugtes Weitergeben von personenbezogenen Daten – bewusst oder unbewusst - an Dritte.

Die DSGVO sieht hier eine deutlich verschärfte Meldepflicht vor. Künftig muss grundsätzlich jede Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten an die zuständige Aufsichtsbehörde gemeldet werden.

Eine Ausnahme besteht nach Art. 33 Abs. 1 DSGVO, wenn die Datenpanne „voraussichtlich nicht zu einem Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen führt“. Auch hier wäre wieder eine Risikoabschätzung durchzuführen.

Es ist zu erwarten, dass sich die Aufsichtsbehörden hierzu näher abstimmen, damit verständlich wird, nach welchen Kriterien eine Risikobewertung stattfindet und wann konkret eine Meldung erforderlich wird.

Auch hier ist eine kreisweite Abstimmung anzustreben.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

2. Haushalt 2018

Der Bürgermeister bittet die Vorsitzenden der acht im Stadtrat vertretenen Fraktionen und Herrn Stiegelmeier (fraktionslos) ihre Haushaltsreden vorzutragen.

In folgender Reihenfolge werden die Haushaltsreden gehalten:

1. CDU-Fraktion, Herr Bolz
2. SPD-Fraktion, Herr Hübinger
3. Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frau Dr. Kanschat
4. Fraktion Velbert anders, Herr Tonscheid
5. FDP-Fraktion, Herr Hilgers
6. Fraktion Die Linke, Herr H. Gohr
7. Fraktion UVB, Herr aus dem Siepen
8. Fraktion Piraten Partei, Herr Schwarz
9. Herr Stiegelmeier, fraktionslos

Die Haushaltsreden sind der Niederschrift als Anlagen beigelegt.

2.1 **Haushalt 2018** **Zusätzliche Baumaßnahmen an Grundschulen - Finanzierung**

Vorlage: 419/2017

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein und zeigt die Ergebnisse der vorberatenden Ausschüsse auf.

Ohne weitere Wortmeldungen wird der Beschluss zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

1. Die Mittel für den Ausbau der OGS an der GGS Bartelskamp im Budget des Fachbereiches 7 werden von 1,42 Mio. auf 1,6 Mio. € angehoben.
2. Für den Ausbau der OGS an der GGS Birth werden im Budget des Fachbereiches 7 875.000,- € zusätzlich aufgenommen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

2.2 **- Kommunalinvestitionsfördergesetz - Kapitel 2**

Vorlage: 418/2017

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein und zeigt die Ergebnisse der vorberatenden Ausschüsse auf.

Ohne weitere Wortmeldungen wird der Beschluss zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Die mit dem Kapitel 2 des Kommunalinvestitionsfördergesetzes bereitgestellten zusätzlichen Mittel in Höhe von voraussichtlich rd. 3,5 Mio. € werden für den Neubau der Grundschule in Velbert Mitte eingesetzt.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

2.3 **Änderung der Vergnügungssteuersatzung mit Wirkung vom 01.01.2018**

Vorlage: 416/2017

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein und teilt mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss sich für die Änderung der Vergnügungssteuersatzung ausgesprochen habe.

Nachdem Herr Stiegelmeier eine Stellungnahme gegen die Erhöhung der Vergnügungssteuer vorgetragen hat, bestätigt er auf Rückfrage, dass er nicht Betreiber / Eigentümer einer Spielhalle sei und somit bei der anschließenden Abstimmung nicht als befangen gelte.

Anschließend stellt der Bürgermeister den Beschluss zur Abstimmung.

Beschluss:

Es wird folgende Satzung beschlossen:

**Satzung
zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung
der Stadt Velbert**

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 966) und der §§ 1 – 3 und § 20 Abs. 2 Buchstabe b des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NW) vom 21.10.1969 (GV NW S. 712), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 2016 (GV. NRW. S. 1150), hat der Rat in seiner Sitzung vom 28.11.2017 folgende Änderungssatzung beschlossen:

Artikel 1

Der § 6 Abs. 2 der Vergnügungssteuersatzung erhält folgende neue Fassung:

Neue Fassung	Bisherige Fassung
<p>(2) Die Steuer beträgt je Apparat und angefangenem Kalendermonat bei der Aufstellung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. in Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen (§ 1 Nr. 3 a) bei Apparaten mit Gewinnmöglichkeit 25 v. H. des Einspielergebnisses, Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit 40 Euro, 2. in Gaststätten und sonstigen Orten (§ 1 Nr. 3 b) bei Apparaten mit Gewinnmöglichkeit 25 v. H. des Einspielergebnisses, Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit 25 Euro. 	<p>(2) Die Steuer beträgt je Apparat und angefangenem Kalendermonat bei der Aufstellung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. in Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen (§ 1 Nr. 3 a) bei Apparaten mit Gewinnmöglichkeit 21 v. H. des Einspielergebnisses, Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit 40 Euro, 2. in Gaststätten und sonstigen Orten (§ 1 Nr. 3 b) bei Apparaten mit Gewinnmöglichkeit 21 v. H. des Einspielergebnisses, Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit 25 Euro.

Artikel 2

Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 01.01.2018 in Kraft.

Beratungsergebnis: 61 Stimmen dafür
1 Stimme dagegen (Herr Stiegmeier)
0 Enthaltungen

2.4 Stellenplan der Beamten und tariflich Beschäftigten für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: 428/2017

Der Bürgermeister weist im Rahmen seiner Einleitung darauf hin, dass die Vorlage 428/2017; 1. Ergänzung (siehe TOP 2.4.1) die maßgebliche Vorlage sei, über die abzustimmen sei.

Diese Vorlage beinhaltet die sich aus den Beschlussfassungen in den Fachausschüssen und im Haupt- und Finanzausschuss ergebenden Veränderungen.

Beschluss:

Der Stellenplan der Beamten und tariflich Beschäftigten für das Haushaltsjahr 2018 wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

2.4.1 Stellenplan der Beamten und tariflich Beschäftigten für das Haushaltsjahr 2018

Vorlage: 428/2017 1. Ergänzung

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein und weist auf vorgenommene Änderungen, die seit Einbringung des Haushaltsplanes erforderlich gewesen seien, hin.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird die Ablehnung damit begründet, dass der Aufstockung des KOD-Teams um zwei weitere Mitarbeiter nicht zugestimmt werde.

Beschluss:

Der Stellenplan der Beamten und tariflich Beschäftigten für das Haushaltsjahr 2018 wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Beratungsergebnis: 47 Stimmen dafür
15 Stimmen dagegen
(Bündnis 90/Die Grünen; Die Linke; Piraten)
0 Enthaltungen

**2.5 Antrag der Fraktion Piraten Partei
Bildung einer neuen HSP-Maßnahme mit dem Zweck der Reduzierung der Energiekosten**

Vorlage: 389/2017

Der Bürgermeister teilt mit Hinweis auf die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss mit, dass der Antrag seitens der Fraktion Piraten Partei zurückgezogen worden sei.

Antrag der Fraktion Piraten Partei:

Der Haushaltsplan-Entwurf für das Jahr 2018 sieht Aufwendungen für Energie in der Höhe von 3.886.910,- € vor.

Wir halten es für möglich, dass diese Aufwendungen weiter reduziert werden können, obwohl es bereits Maßnahmen in diesem Bereich gab.

Deswegen stellen wir den Antrag auf Bildung einer neuen HSP-Maßnahme mit dem Zweck der Reduzierung der Energiekosten.

Beratungsergebnis: Zurückgezogen

**2.6 Antrag der CDU-Fraktion
Erhöhung der Sportpauschale**
Vorlage: 429/2017

Der Bürgermeister teilt mit Hinweis auf die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss mit, dass der Antrag der CDU-Fraktion dahin abgeändert worden sei, dass 1. die Sportpauschale an die Vereine um 10.000 € auf 30.000 € unter der Berücksichtigung der Kostenneutralität zu erhöhen sei und 2. die Förderrichtlinien dahingehend zu ändern seien, dass nach dem Erhalt einer Förderung eine Pause einzuhalten sei. Die Pauschalierung einer „mehrjährigen“ Pause sei abgelehnt worden.

Dem Antrag der Fraktion Piraten Partei über die beiden Punkte getrennt abzustimmen, stimmt der Rat zu.

Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. die Sportpauschale an die Vereine um 10.000 € auf 30.000 € zu erhöhen.
2. die Förderrichtlinien dahingehend zu ändern, dass nach dem Erhalt einer Förderung eine mehrjährige Pause einzuhalten ist.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

Im Rat gefasster Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Sportpauschale an die Vereine um 10.000 € auf 30.000 € unter der Berücksichtigung der Kostenneutralität zu erhöhen.

Beratungsergebnis: 57 Stimmen dafür
2 Stimmen dagegen (Piraten Partei)
3 Enthaltungen (FDP)

Im Rat gefasster Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderrichtlinien dahingehend zu ändern, dass nach dem Erhalt einer Förderung eine Pause einzuhalten ist.

Beratungsergebnis: 59 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
3 Enthaltungen (FDP)

**2.7 Antrag der CDU-Fraktion
Straßenraum- und Platzgestaltung**
Vorlage: 430/2017

Der Bürgermeister teilt mit Hinweis auf die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss mit, dass über den Antrag der CDU-Fraktion getrennt abgestimmt worden sei. Über den Punkt 1 sei separat und über die Punkte 2 und 3 sei zusammengefasst abgestimmt worden.

Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, künftig im Bereich von Straßenraumgestaltungen und stadtplanerischen Konzepten verstärkt auf eine Begrünung zu achten. In diesem Zusammenhang soll kurzfristig geprüft werden, inwieweit

1. mobile Begrünungen z.B. in Form von Kübeln an geeigneten Flächen und zu entsprechenden Veranstaltungen eingesetzt werden können (ggf. in Abstimmung mit privaten Partnern als Werbe- /Sponsoringfläche),
2. die Gestaltung von Kreisverkehren bzw. größeren Fahrbahnteilern (z.B. Robert-Koch- Straße) im Stadtgebiet durch private und sachkundige Unternehmen als Ausstellungsfläche oder beispielsweise in Form eines Wettbewerbes als „Werbeflächen“ zur Verfügung gestellt werden können,
3. die Gestaltung des Rathausplatzes an den Rändern durch die Pflanzung von Bäumen (ggf. Spalierbepflanzung) verbessert werden kann.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

Im Rat gefasster Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, künftig im Bereich von Straßenraumgestaltungen und stadtplanerischen Konzepten verstärkt auf eine Begrünung zu achten. In diesem Zusammenhang soll kurzfristig geprüft werden, inwieweit mobile Begrünungen z.B. in Form von Kübeln an geeigneten Flächen und zu entsprechenden Veranstaltungen eingesetzt werden können (ggf. in Abstimmung mit privaten Partnern als Werbe- /Sponsoringfläche).

Beratungsergebnis: 52 Stimmen dafür
7 Stimmen dagegen (Bündnis 90/Die Grünen)
3 Enthaltungen (Die Linke)

Im Rat gefasster Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, künftig im Bereich von Straßenraumgestaltungen und stadtplanerischen Konzepten verstärkt auf eine Begrünung zu achten. In diesem Zusammenhang soll kurzfristig geprüft werden, inwieweit

1. die Gestaltung von Kreisverkehren bzw. größeren Fahrbahnteilern (z.B. Robert-Koch- Straße) im Stadtgebiet durch private und sachkundige Unternehmen als Ausstellungsfläche oder beispielsweise in Form eines Wettbewerbes als „Werbeflächen“ zur Verfügung gestellt werden können,
2. die Gestaltung des Rathausplatzes an den Rändern durch die Pflanzung von Bäumen (ggf. Spalierbepflanzung) verbessert werden kann.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

2.8 Antrag der CDU-Fraktion
Erarbeitung eines Konzeptes für die öffentlichen Plätze im Stadtgebiet
Vorlage: 431/2017

Der Bürgermeister stellt mit Hinweis auf die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss ohne weitere Wortmeldungen den Beschluss zur Abstimmung.

Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die öffentlichen Plätze im Stadtgebiet zu erarbeiten. Dabei sollen insbesondere die folgenden Fragestellungen einbezogen werden:

1. Für welche bereits vorhandene Veranstaltung (u.a. Weihnachtsmarkt, Weinfest, Kir- mes) ist welcher Platz geeignet und sinnvoll?
2. Für welche Veranstaltung wird künftig eine „neue“ Veranstaltungsfläche benötigen, da Maßnahmen des Integrierten Handlungskonzeptes und/oder Sicherheitsauflagen dem entgegenstehen?
3. Welche Investitionen bzw. Folgekosten wären je nach Variante zu veranschlagen?
4. Welche Veranstaltungen sind „zentrumsrelevant“, d.h. von welchen Veranstaltungen profitiert der Einzelhandel in den Fußgängerzonen?
5. Wie sollen vor allem die sanierten Plätze künftig genutzt werden bzw. mit welchen Veranstaltungen lassen sich die Plätze sinnvoll „bespielen“?
6. Wer sollte bzw. könnte die Plätze nutzen? Welche Rahmenbedingungen und Ein- schränkungen z.B. aus Sicherheitsgründen sind für Dritte zu beachten?

Beratungsergebnis: 55 Stimmen dafür
7 Stimmen dagegen (Bündnis 90/Die Grünen)
0 Enthaltungen

2.9 Antrag der CDU-Fraktion
Räumliche Interimslösung für die Veranstaltungen während der Umbauphase des Forums Niederberg
Vorlage: 432/2017

Der Bürgermeister stellt mit Hinweis auf die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss ohne weitere Wortmeldungen den Beschluss zur Abstimmung.

Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine räumliche Interimslösung zur Durchführung der im Forum geplanten Veranstaltungen während der Bauphase zu entwickeln und mögliche finanzielle Auswirkungen darzustellen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**2.10 Antrag der CDU-Fraktion
Sicherheit und Sauberkeit in Velbert- Stärkung des "Kommunalen Ordnungsdienstes /KOD"**
Vorlage: 433/2017

Der Bürgermeister stellt mit Hinweis auf die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss ohne weitere Wortmeldungen den Beschluss zur Abstimmung.)

Antrag der CDU-Fraktion:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob der Kommunale Ordnungsdienst der Stadt Velbert (KOD) zukünftig durch verwaltungsinterne personelle Umstrukturierungen um zwei Vollzeitäquivalente erweitert werden kann.
2. Darüber hinaus möge die Verwaltung Möglichkeiten aufzeigen, zukünftig wieder Picker- Kolonnen im Stadtgebiet einzusetzen und
3. für die Verstärkung der Reinigungsintervalle entlang des Panoramaradweges bitten wir die Verwaltung einen Vorschlag zu unterbreiten und mit den Technischen Betrieben Velbert AöR abzustimmen.

Beratungsergebnis: 47 Stimmen dafür
12 dagegen Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen; Velbert anders)
3 Enthaltungen (Die Linke)

**2.11 Antrag der SPD-Fraktion
Öffnungszeiten in den Bezirksverwaltungsstellen**
Vorlage: 440/2017

Der Bürgermeister stellt mit Hinweis auf die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss ohne weitere Wortmeldungen den Beschluss zur Abstimmung.

Antrag der SPD-Fraktion:

Die Bezirksverwaltungsstellen in Langenberg und Neviges werden wieder an 2 Tagen in der Woche geöffnet. Die Verwaltung soll ein Konzept erstellen, wie dies gegebenenfalls ohne eine Ausweitung im Stellenplan erreicht werden kann.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**2.12 Antrag der SPD-Fraktion
Fördermittelmanager**
Vorlage: 441/2017

Der Bürgermeister stellt mit Hinweis auf die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss ohne weitere Wortmeldungen den Beschluss zur Abstimmung.

Antrag der SPD-Fraktion:

Für das Büro des Bürgermeisters wird ein Fördermittelmanager eingestellt. Die stellenplanmäßige Abwicklung wird sichergestellt.

Beratungsergebnis: 57 Stimmen dafür
4 Stimmen dagegen (Velbert anders)
0 Enthaltungen

2.13 Antrag der SPD-Fraktion
Informationskampagne für weiterführende Schulen
Vorlage: 442/2017

Der Bürgermeister stellt mit Hinweis auf die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss ohne weitere Wortmeldungen den Beschluss zur Abstimmung.

Antrag der SPD-Fraktion:

Die Stadt stellt 30.000 Euro für eine Informationskampagne für die weiterführenden Velberter Schulen (inklusive einer eventuell noch zu errichtenden zweiten städt. Gesamtschule) zur Verfügung.

Beratungsergebnis: 59 Stimmen dafür
2 Stimmen dagegen (Die Linke)
0 Enthaltungen

2.14 Antrag der SPD-Fraktion
Schnellbuslinie nach Düsseldorf
Vorlage: 443/2017

Der Bürgermeister stellt mit Hinweis auf die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss ohne weitere Wortmeldungen den Beschluss zur Abstimmung.

Antrag der SPD-Fraktion:

Für 2018 soll eine Schnellbuslinie nach Düsseldorf bzw. zum Flughafen Düsseldorf geprüft werden. Die Verwaltung soll mit dem Kreis und den beteiligten Städten Verhandlungen aufnehmen, um dieses Vorhaben realisieren zu können.

Beratungsergebnis: 57 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
2 Enthaltungen (Velbert anders)

2.15 Antrag der SPD-Fraktion
Nächtliche ÖPNV-Verbindungen in Velbert
Taktung Buslinie 649
Vorlage: 444/2017

Der Bürgermeister stellt mit Hinweis auf die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss ohne weitere Wortmeldungen den Beschluss zur Abstimmung.

Antrag der SPD-Fraktion:

Mit dem Fahrplanwechsel im Sommer 2018 wird ein probeweiser Betrieb der Buslinie 649 bis 2.00 Uhr (im Halbstundentakt) vor Samstagen/Sonntagen und Feiertagen eingeführt.

Hierfür werden 20.000 Euro bereitgestellt. Alternativ soll geprüft werden, ob die Nachtbuslinie NE 8 aus Essen kommend bis zu den S-Bahnhöfen „Neviges“ oder „Rosenhügel“ verlängert werden kann.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

2.16 Antrag der FDP-Fraktion
Antrag auf Erhöhung der Finanzmittel an Velberter Schulen
Vorlage: 445/2017

Der Bürgermeister stellt mit Hinweis auf die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss ohne weitere Wortmeldungen den Beschluss zur Abstimmung.

Antrag der FPD-Fraktion:

Der Ausschuss für Schule und Bildung, der Finanz- und Hauptausschuss und der Rat der Stadt Velbert mögen beschließen, dass die Mittel für die Velberter Schulen im Bereich

- der Lehr- und Unterrichtsmaterialien um pauschal 25 %
- der Mittel für Technik / Hauswirtschaft um pauschal 25%
- der Investitionsmittel (über 410,- Euro) um pauschal 20%
- der Investitionsmittel (unter 410,- Euro / Pauschalzahlung an Schulen) um pauschal 30%

erhöht werden.

Beratungsergebnis: 15 Stimmen dafür
(Bündnis 90/Die Grünen; FDP, Die Linke; Piraten)
47 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

2.17 Antrag der FDP-Fraktion
Digitalisierungsstrategie für Velbert / Schaffung einer Stelle Digitalisierungsbeauftragte / Digitalisierungsbeauftragter
Vorlage: 447/2017

Der Bürgermeister berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und trägt vor, dass nach ausführlicher Beratung über den Antrag der FDP-Fraktion nicht abgestimmt worden sei, da sich der Antragsteller mit dem Vorschlag des Bürgermeisters einverstanden erklärt habe.

Es sei vorgeschlagen worden, diese Thematik mit vorhandenem Personal anzugehen. Der Stelleninhalt müsse beschrieben und festgelegt sowie anschließend eine entsprechend geeignete Person hausintern gesucht werden.

Weiter sei angeregt worden, die Gemeindeprüfungsanstalt „mit ins Boot“ zu holen, um den Einstieg zu erleichtern.

Seitens der CDU-Fraktion wird aufgezeigt, dass seit ca. 1,5 Jahren ein eigener Antrag mit dem Ziel, die Verwaltung zu digitalisieren, existieren würde. Es gebe viele diesbezügliche Ansätze. Die Angelegenheit werde bereits thematisiert und die pauschale Forderung, eine zusätzliche Stelle diesbezüglich einzurichten, werde abgelehnt. Es wird auf die IT- Arbeitsgruppe verwiesen, die sich mit der Digitalisierung der Verwaltung bereits beschäftige.

Seitens der SPD-Fraktion wird die Einrichtung eines Digitalisierungsbeauftragten für wichtig und richtig befunden und erklärt, sich dem Kompromissvorschlag des Bürgermeisters anzuschließen.

Der Antragsteller (FDP-Fraktion) bewertet den Vorschlag als „gut“, aber verzichtet im Gegensatz zum Haupt- und Finanzausschuss nicht auf eine Abstimmung des eigenen Antrages.

Antrag der FDP-Fraktion:

Der Finanz- und Hauptausschuss und der Rat der Stadt Velbert mögen beschließen:

1. Die Stadt Velbert bekennt sich zum Leitbild der digitalen Verwaltung und wird eine Digitalisierungsstrategie auf den Weg bringen.
2. Dazu wird ein Digitalisierungsbericht erstellt, der die erforderlichen Maßnahmen und ihren Realisierungszeitraum beschreibt. Die Umsetzung ist dem Rat jährlich mit einem aktualisierten Digitalisierungsbericht darzulegen. Der Digitalisierungsbericht soll unter anderem umfassen:
 - a) den Stand des Glasfaserausbaus sowie eine Planung zur Erschließung der jeweils noch unversorgten Gebiete inklusive Zeitplan (Schulen und Gewerbegebiete sind gesondert auszuweisen)
 - b) den Stand der Digitalisierung der Verwaltung mit konkreten Maßnahmen und ihrem Umsetzungszeitraum
 - c) weitere Digitalisierungsfortschritte einer „Smart City Velbert“ In Kooperation mit Unternehmen, Einzelhandel, Vereinen etc.
3. Um eine schnelle und zielgerichtete Umsetzung zu erzielen, ist die Stelle eines Digitalisierungsbeauftragten in zentraler Stelle innerhalb der Verwaltungsorganisation (z.B. Zentrale Dienste oder Büro des Bürgermeisters) zu schaffen.
4. Ein erster Digitalisierungsbericht ist mit der Beauftragung externer Dienstleister bereits bis Mitte 2018 zu erstellen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der „Digitalen Modellregion OWL“ sowie den noch zu bestimmenden Referenzkommunen in den anderen Regierungsbezirken in Kontakt zu treten und ein institutionalisiertes Dialogverfahren zu etablieren, um die Erfahrungen dieser „digitalen Pioniere“ für die eigene Digitalisierungsstrategie nutzbar zu machen.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür (Bündnis 90/Die Grünen; FDP; Piraten)
50 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

2.18 Haushaltssatzung der Stadt Velbert für das Haushaltsjahr 2018; 6. Fortschreibung HSP 2012 ff.

Vorlage: 414/2017

Der Bürgermeister weist im Rahmen seiner Einleitung darauf hin, dass die Vorlage 414/2017; 1. Ergänzung (siehe TOP 2.18.1) die maßgebliche Vorlage sei, über die abzustimmen sei.

Diese Vorlage beinhalte die sich aus den Beschlussfassungen in den Fachausschüssen und im Haupt- und Finanzausschuss ergebenden Veränderungen.

Beschluss:

Es wird folgende Satzung beschlossen:

Haushaltssatzung der Stadt Velbert für das Haushaltsjahr 2018 mit Haushaltsplan und 6. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans 2012 ff. (HSP) unter Berücksichtigung der sich ggf. aus der Beschlussfassung im Haupt- und Finanzausschuss und im Rat ergebenden Veränderungen (siehe Anlage 2 – Haushaltssatzung – zu dieser Vorlage).

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

2.18.1 Haushaltssatzung der Stadt Velbert für das Haushaltsjahr 2018; 6. Fortschreibung HSP 2012 ff.

Vorlage: 414/2017 1. Ergänzung

Die Tagesordnungspunkte 2.18 und 2.18.1 sind zusammengefasst beraten worden. Der Verhandlungsverlauf ist unter TOP 2.18 wiedergegeben.

Beschluss:

Es wird folgende Satzung beschlossen:

Haushaltssatzung der Stadt Velbert für das Haushaltsjahr 2018 mit Haushaltsplan und 6. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans 2012 ff. (HSP) unter Berücksichtigung der sich aus der Beschlussfassung im Haupt- und Finanzausschuss und ggf. im Rat ergebenden Veränderungen (siehe Anlage 2 – Haushaltssatzung – zu dieser Vorlage).

Beratungsergebnis: 49 Stimmen dafür
13 Stimmen dagegen (Bündnis 90/Die Grünen; FDP; Die Linke)
0 Enthaltungen

3. Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 417 - Bernsaustraße - 2. Änderung

3.1 Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 417 -Bernsaustraße - 2. Änderung hier Stellungnahmen des LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland vom 07.07.2017

Vorlage: 338/2017

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein und zeigt die Ergebnisse der vorberatenden Gremien auf.

Es wird darauf verwiesen, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung aufgrund der Vorberatungen im BZA-Neviges, des Umwelt- und Planungsausschusses und des Haupt- und Finanzausschusses geändert, d.h. konkretisiert worden sei.

Der abgeänderte Beschluss stehe somit zur Beratung / Abstimmung an.

Ohne weitere Wortmeldungen stellt der Bürgermeister den geänderten Beschluss zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Stellungnahme des LVR-Amtes für Denkmalpflege im Rheinland wird nicht gefolgt.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

Im Rat gefasster Beschluss:

Die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege gemäß § 1 Abs. 5 Nr. BauGB werden, wie vom LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland (LVR-ADR) gefordert, durch die Festsetzungen und Hinweise im Bebauungsplan berücksichtigt. Das denkmalgeschützte Gebäude Elberfelder Straße 9 wird in seinem Bestand im Bebauungsplan festgesetzt.

Den darüber hinaus gehenden Forderungen des LVR-ADR zur weiteren Einschränkung der Vollgeschosse, der Festsetzungen von Baulinien und der Einschränkung von Baugrenzen bei nicht denkmalgeschützten Gebäuden wird nicht gefolgt.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**3.2 Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 417
- Bernsaustraße - 2. Änderung
hier: Stellungnahmen der Stadtwerke Velbert GmbH vom 21.06.2017
Vorlage: 339/2017**

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein, zeigt die Ergebnisse der vorberatenden Gremien auf und stellt den Beschluss ohne weitere Wortmeldungen zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Hinweis der Stadtwerke Velbert GmbH wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**3.3 Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 417
- Bernsaustraße - 2. Änderung
hier: Stellungnahmen des Kreises Mettmann vom 10.07.2017
Vorlage: 340/2017**

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein, zeigt die Ergebnisse der vorberatenden Gremien auf und stellt den Beschluss ohne weitere Wortmeldungen zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Stellungnahme des Kreisgesundheitsamtes wird gefolgt. Das Schallgutachten wurde ergänzt und die Festsetzungen im Bebauungsplan wurden entsprechend angepasst.
2. Dem Hinweis der Immissionsschutzbehörde wird gefolgt.
3. Der Stellungnahme der Unteren Bodenschutzbehörde wird insoweit gefolgt, dass auf die beiden Flächen im Altlastenkataster textlich hingewiesen wird und die Fläche 36686/23 zeichnerisch dargestellt wird.
4. Die Hinweise der Unteren Naturschutzbehörde zum Artenschutz werden in der Begründung zum Bebauungsplan berücksichtigt.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4. Beschlussfassung über den Bebauungsplan Nr. 417 - Bernsaustraße -
2. Änderung als Satzung**
Vorlage: 341/2017

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein, zeigt die Ergebnisse der vorberatenden Gremien auf und stellt den Beschluss ohne weitere Wortmeldungen zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Den Abwägungsvorschlägen der Beteiligungen der Öffentlichkeit, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 (1) und (2) sowie § 4 (1) und (2) BauGB, dargelegt in Teil III der Planbegründung, wird gefolgt.
2. Der Begründung gemäß § 9 Absatz 8 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 417 – Bernsaustraße – 2. Änderung wird zugestimmt.
3. Der Bebauungsplan Nr. 417 – Bernsaustraße – 2. Änderung wird gemäß § 10 Absatz 1 BauGB als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan wurde als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach §13 a BauGB aufgestellt.
4. Der Bebauungsplan Nr. 417 – Bernsaustraße – 2. Änderung ersetzt bei Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 417 – Bernsaustraße -.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5. Beschlussfassung über die Erweiterung des Integrierten Handlungskonzepts Velbert-Mitte um die Maßnahme "Quartiersbildung und Identitätsstiftung Innenstadt Velbert-Mitte 2017 / 2018"
Vorlage: 376/2017

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein, zeigt die Ergebnisse der vorberatenden Gremien auf und stellt den Beschluss ohne weitere Wortmeldungen zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Maßnahme „Quartiersbildung und Identitätsstiftung Innenstadt Velbert-Mitte 2017 / 2018“ wird Bestandteil des Integrierten Handlungskonzeptes für den Stadtumbau Innenstadt Velbert-Mitte.

Beratungsergebnis: 59 Stimmen dafür
3 Stimmen dagegen (FDP)
0 Enthaltungen

6. Stadt-Umland-Kooperation "Zwischen Rhein und Wupper" - Beschluss zur Weiterführung der gemeinsamen Arbeit in dem neuen Kooperationsraum
Vorlage: 390/2017

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein und teilt mit, dass der Umwelt- und Planungsausschuss und der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt-Umland Kooperation jeweils einstimmig zugestimmt haben.
Ohne weitere Wortmeldungen wird der Beschluss zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

1. Die Stadt Velbert beteiligt sich an der längerfristigen interkommunalen Zusammenarbeit „Zwischen Rhein und Wupper“ mit der Ausrichtung, konkrete Projekte anzustoßen und durchzuführen.
2. In der nächsten Arbeitsphase sollen die in der Vorlage aufgeführten drei Pilotprojekte konkretisiert und zu antragsreifen Maßnahmen entwickelt werden.
3. Die Stadt Velbert wird die nächste Arbeitsphase in 2018 und 2019 personell und finanziell unterstützen. Der Finanzierungsbeitrag beträgt 5 Ct. / Einwohner und Jahr.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

7. "Gute Schule 2020" - Breitbandkonzept Schulen

Vorlage: 375/2017

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein, zeigt die Ergebnisse der vorberatenden Gremien auf und stellt den Beschluss ohne weitere Wortmeldungen zur Abstimmung.

Beschluss:

Das im Rahmen des Förderprogramms „Gute Schule 2020“ erstellte Breitbandkonzept wird zur Kenntnis genommen. Das Konzept wird jährlich fortgeschrieben.

Damit die Schulen kurzfristig einen Internetanschluss mit den momentan verfügbaren Bandbreiten erhalten, werden 20.000 € im Haushalt 2018 veranschlagt.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

8. Raumbedarf an Grundschulen

Vorlage: 420/2017

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein und zeigt die Beratungsergebnisse der vorberatenden Ausschüsse (Ausschuss für Schule und Bildung und Haupt- und Finanzausschuss) auf.

Dem Vorschlag des Bürgermeisters, die Tagesordnungspunkte 8 und 8.1 (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Planung eines Neubaus einer 3-zügigen Grundschule am Standort „Grünstraße“) zusammengefasst zu beraten, stimmt der Rat einmütig zu. Denn der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stelle eine Erweiterung des von der Verwaltung vorgelegten Konzeptes zur Erweiterung des Raumangebotes für Ganztage und zusätzliche Unterrichtsräume für Grundschulen dar.

Der Bürgermeister stellt den weitergehenden Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das als Anlage beigefügte Konzept zur Deckung des Raumbedarfs an Velberter Grundschulen umzusetzen.

Beratungsergebnis: 50 Stimmen dafür
7 Stimmen dagegen (Bündnis 90/Die Grünen)
4 Enthaltungen (FDP; DieLinke)

**8.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Planung eines Neubaus einer 3-zügigen Grundschule am Standort "Grünstraße"**
Vorlage: 448/2017

Der Verhandlungsverlauf ist unter TOP 8 wiedergegeben, da die beiden Tagesordnungspunkte zusammengefasst worden sind.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Planung eines Neubaus einer 3-zügigen Grundschule am Standort "Grünstraße"

Beratungsergebnis: Eine Abstimmung war nicht mehr erforderlich, da dem Raumbedarf an Grundschulen unter Tagesordnungspunkt 8 bereits mehrheitlich zugestimmt worden ist.

9. Haushaltsangelegenheiten

9.1 Haushaltsangelegenheiten

Verfügung der Bezirksregierung Düsseldorf vom 15.11.2017 zur Haushaltssatzung 2017 der Stadt Velbert und zur 5. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans
Vorlage: 427/2017

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein und trägt vor, dass die Bezirksregierung Düsseldorf mit Verfügung vom 15.11.2017 auf der Grundlage der vom Rat der Stadt Velbert beschlossenen Haushaltssatzung 2017 und der 5. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans vom 29.11.2016 nunmehr die erforderliche Genehmigung gem. § 6 Abs.2 Stärkungspaktgesetz erteilt habe.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

9.2 Stand der HSP-Maßnahmen zum III. Quartal 2017

Vorlage: 413/2017

Der Bürgermeister stellt fest, dass der Bericht zum Stand der HSP-Maßnahmen zum III. Quartal 2017 ohne weitere Wortmeldungen zur Kenntnis genommen wird.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

9.3 Bericht zum III. Quartal 2017

Vorlage: 408/2017

Der Bürgermeister stellt fest, dass der Bericht zum III. Quartal 2017 ohne weitere Wortmeldungen zur Kenntnis genommen wird.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

10. Angelegenheiten der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH

Es liegt nichts vor.

11. Jahresabschluss Technische Betriebe Velbert AöR

Vorlage: 354/2017

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein und trägt vor, dass der Jahresabschluss der Technischen Betriebe Velbert AöR für das Wirtschaftsjahr 2016 in der Bilanzsumme mit 383.408.971,62 Euro und einem Jahresgewinn in Höhe von 117.893,98 Euro festgestellt worden sei.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

12. Entwurf Gesamtabschluss der Stadt Velbert zum 31.12.2016

Vorlage: 411/2017

Auf Rückfrage des Bürgermeisters besteht im Rat Einvernehmen, auf eine Einführung zum NKF-Gesamtabschluss zum 31.12.2016 mittels Powerpoint-Präsentation durch Frau Küster und Herrn Willenborg von der Firma BDO AG (Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) zu verzichten und diese ggf. bei Bedarf in einer der nächsten Sitzungen nachzuholen.

Vor Sitzungsbeginn sind die Vortragsunterlagen der Firma BDO an alle Ratsmitglieder verteilt worden.

Ohne weitere Wortmeldungen wird der Beschluss zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

1. Der Rat nimmt den bestätigten Entwurf des Gesamtabschlusses zum 31.12.2016 mit folgenden Anlagen zur Feststellung entgegen:
 - Gesamtbilanz zum 31.12.2016
 - Gesamtergebnisrechnung zum 31.12.2016
 - Gesamtfinanzzrechnung zum 31.12.2016
 - Gesamtanhang zum Gesamtabschluss 31.12.2016
 - Gesamtanlagenspiegel zum 31.12.2016
 - Gesamtlagebericht zum Gesamtabschluss 31.12.2016
 - Beteiligungsbericht 2016
2. Der Entwurf des Gesamtabschlusses zum 31.12.2016 mit allen gesetzlich vorgeschriebenen Anlagen wird dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung und weiteren Beratung zugeleitet.
3. Soweit sich im Zuge der Prüfung oder infolge einer geänderten Rechtslage die Notwendigkeit zu Änderungen des Entwurfs ergibt, wird die Verwaltung beauftragt, solche Änderungen in Abstimmung mit der Stabsstelle Rechnungsprüfung vorzunehmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

- 13. Antrag Fraktion Piraten Partei**
Veränderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zu Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege
Vorlage: 382/2017

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik und teilt mit, dass sich die Fraktion Piraten Partei in den vorbereitenden Gremien mit der Vorgehensweise, diesen Antrag in der kommenden Sitzungsrunde, beginnend im Fachausschuss, erneut zum Gegenstand der Beratung zu machen, einverstanden erklärt habe.

Antrag der Fraktion Piraten Partei:

Die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zu Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege vom 16.06.2016 wird wie folgt verändert:

Veränderung der Freibetragsgrenze/unterste Beitragsstufe, der Beitragstabelle unter § 9, von 15.000 € auf 18.284 €.

Dies entspräche dem Jahreseinkommen einer Person, die den gesetzlichen Mindestlohn bezieht.

Beratungsergebnis: Zurückverwiesen

- 14. Antrag der Fraktion Piraten Partei**
Veränderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme an der "Offenen Ganztagschule" in der Primarstufe der Stadt Velbert
Vorlage: 385/2017

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik und teilt mit, dass sich die Fraktion Piraten Partei in den vorbereitenden Gremien mit der Vorgehensweise, diesen Antrag in der kommenden Sitzungsrunde, beginnend im Fachausschuss, erneut zum Gegenstand der Beratung zu machen, einverstanden erklärt habe.

Antrag der Fraktion Piraten Partei:

Wir beantragen die folgende Veränderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme an der "Offenen Ganztagschule" in der Primarstufe der Stadt Velbert vom 14.06.2016 (1):

1. Veränderung der unterste Beitragsstufe I, der Beitragstabelle unter Anlage I, von 15000€ auf 18284 €. Dies entspräche dem Jahreseinkommen einer Person, die den gesetzlichen Mindestlohn bezieht.(2)
2. Einführung einer weiteren Beitragsstufe ab 80000€ wie in der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zu Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege vom 16.06.2016

Beratungsergebnis: Zurückverwiesen

- 15. Antrag der Fraktion Piraten Partei**
Errichtung eines Schulverbundes bestehend aus der KGS Sonnenschule und GGS Regenbogenschule
Vorlage: 412/2017

Der Tagesordnungspunkt ist von der Fraktion Piraten Partei zurückgezogen worden.

Antrag der Fraktion Piraten Partei:

Am Schulstandort Wielandstraße/Goethestraße in Velbert-Nevigis soll ein Schulverbund bestehend aus den Schulen KGS Sonnenschule und GGS Regenbogenschule errichtet werden.

Beratungsergebnis: Zurückgezogen

**16. Antrag der Piraten Fraktion zu den Haushaltsberatungen
Freier Eintritt für alle Besucher des Schloss- und Beschlägemuseums**

Vorlage: 381/2017

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein, zeigt die Ergebnisse der vorbereitenden Gremien auf und stellt den Beschluss ohne weitere Wortmeldungen zur Abstimmung.

Antrag der Fraktion Piraten Partei:

Die Verwaltung rechnet laut dem vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2018 nur mit Einnahmen in Höhe von 7000€ durch die Erhebung von Eintrittsgeldern und Führungsentgelten für den Besuch des Schloss- und Beschlägemuseums.

Deswegen beantragen wir freien Eintritt für alle Besucher des Schloss- und Beschlägemuseums mindestens für den Zeitraum von Januar 2018 bis zur Fertigstellung des Museumsneubaues.

Statt eines zwingenden Eintritts könnte um eine freiwillige Spende gebeten werden.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür (Bündnis 90/Die Grünen; FDP; Piraten)
49 Stimmen dagegen
1 Enthaltung (Velbert anders)

**17. Antrag der Fraktion Piraten Partei
Einführung eines digitalen Sitzungsdienstes**

Vorlage: 388/2017

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein und berichtet, dass der Antrag im Haupt- und Finanzausschuss nach ausführlicher Beratung abgelehnt worden sei.

Da die im Verlauf der Beratung aufgekommene Frage, ob es rechtmäßig sei, dass Ausschussmitglieder gezwungen werden könnten, ausschließlich auf digital zur Verfügung gestellte Sitzungsunterlagen zugreifen zu können, nicht beantwortet werden konnte und aufgrund der Tatsache, dass lediglich 17 Ratsmitglieder und die Fraktionsbüros die kompletten Sitzungsunterlagen in Papier erhalten würden, zieht die Fraktion Piraten Partei den Antrag zurück.

Antrag der Fraktion Piraten Partei:

Alle Dokumente und Informationen werden Ratsmitgliedern und Sachkundigen Bürgern zukünftig ausschließlich digital zur Verfügung gestellt.
Dadurch werden Druck- und Portokosten eingespart.

Darüber hinaus soll die Verwaltung ein Konzept für einen digitalen Sitzungsdienst erarbeiten, in dem u.a. folgende Fragestellungen behandelt werden:

- Welche Satzungen und Geschäftsordnungen müssen geändert werden, um einen digitalen Sitzungsdienst einzuführen?
- Ist es sinnvoll den Rats- bzw. Ausschussmitgliedern -optional- ein standardisiertes Gerät zur Verfügung zu stellen? Welche Alternativen bieten sich an?
- Wird noch zusätzliche Hardware benötigt (z.B. WLAN taugliche Drucker)?
- Welche Anforderungen müssen seitens der technischen Infrastruktur (Hard- & Software) erfüllt werden?
- Wie gestaltet sich der technische Support?
- Welche Schulungen werden benötigt?
- Welche Anforderungen im Bezug auf die IT Sicherheit müssen erfüllt werden?

Beratungsergebnis: Zurückgezogen

**18. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Einführung einer Versionierung der Dokumente im Ratsinformationssystem
Vorlage: 329/2017**

Nach der Einführung in die Thematik seitens des Bürgermeisters und dem Hinweis, dass man auf den Softwarehersteller zugehen könne, um die Einführung einer Versionierung im Rahmen des Ratsinformationssystem zu realisieren, stellt die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Sinn der Einführung einer Versionierung der Dokumente dar.

Im Verlauf der Beratung sprechen sich die Fraktionen von CDU, SPD und Piraten Partei explizit dafür aus, dass der IT-Arbeitskreis sich mit der Thematik beschäftigen solle. Die Idee, eine Versionierung einzuführen, werde begrüßt. Mitarbeiter des Softwareanbieters sollten in den IT-Arbeitskreis eingeladen werden, um dort die entsprechende Umsetzung zu erarbeiten und die Einführung einer Versionierung der Dokumente im Ratsinformationssystem zu realisieren.

Aufgrund der Beratung verzichtet die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf eine Abstimmung ihres Antrages und der Bürgermeister stellt nachfolgend aufgeführten Beschluss zur Abstimmung.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. .Einführung einer Versionierung (inkl. Hash und Freitextkommentar der Änderung, Zeitstempel bestehend aus Datum und Uhrzeit) der Dokumente im Ratsinformationssystem.
2. Benachrichtigung per Mail mit Link, sobald eine Änderung vorliegt.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

Im Rat gefasster Beschluss:

Die Angelegenheit wird an den IT-Arbeitskreis verwiesen. In Zusammenarbeit mit dem Softwarehersteller, der Firma Sternberg, soll die entsprechende Umsetzung erarbeitet und die Einführung einer Versionierung der Dokumente im Ratsinformationssystem realisiert werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**19. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vandalismussichere Beleuchtung des Panoramadweges**
Vorlage: 383/2017

Nach der Einführung des Bürgermeisters in die Thematik und dem Hinweis, dass der Antrag mehrheitlich im Haupt- und Finanzausschuss abgelehnt worden sei, zieht der Antragsteller, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Antrag zurück.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verwaltung möge in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Velbert sowie den Technischen Betrieben Velbert AöR ein Konzept entwickeln, wie der Panoramadweg durchgängig vandalismussicher beleuchtet (vergleichbar unterirdische Fußgängerquerung „Am Berg“) werden kann.

Beratungsergebnis: Zurückgezogen

**19.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vandalismussichere Beleuchtung des Panoramadweges**
Vorlage: 383/2017 1. Ergänzung

Bei der Vorlage 383/2017 1. Ergänzung handelt es sich um die Stellungnahme der TBV AöR hinsichtlich des zugrundeliegenden Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

In dem Bericht erläutert die TBV AöR ihre Empfehlung, dem Antrag nicht zu folgen und somit auf eine weitergehende Beleuchtung des Panoramaweges zu verzichten.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

20. Öffnungszeiten des Panoramabads
Vorlage: 437/2017

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein und betont, dass die vorliegende Vorlage eine Kompromisslösung darstelle. Er hofft, dass der nachfolgende Alternativvorschlag der Stadtwerke Velbert GmbH, bestehend aus 5 Punkten, den offensichtlich unterschiedlichen Sichtweisen zum Thema gerecht werden könne und bittet um ein Votum in der Angelegenheit.

Alternativvorschlag der Stadtwerke Velbert GmbH:

1. Wir führen den laufenden und den geplanten Kursblock mit den Kinderschwimmkursen wie dargestellt durch.
2. Wir bieten ab Januar 2018 bis Ende April 2018 einmal wöchentlich "Frühschwimmen" (donnerstags ab 6.30 Uhr) im Panoramabad (Hallenbad) an. Dies können wir voraussichtlich mit vorhandenem Personal durch Optimierungen im Dienstplan und anzuordnenden Überstunden realisieren. Allerdings sei auf ggf. notwendige Mitbestimmungsverfahren nach dem Betriebsverfassungsgesetz hingewiesen.
3. Ab Mai 2018 bieten wir während der Freibadsaison dienstags bis freitags wieder ab 6.30 Uhr "Frühschwimmen" im Freibad an. Während der Freibadsaison bieten wir dann keine Kinderschwimmkurse an.

4. Wir intensivieren nochmals unsere Bemühungen, geeignete und qualifizierte Honorarkräfte für die Kursausführungen zu gewinnen. Bereits für Mitte Januar 2018 sind entsprechende Schulungen geplant, für die wir zurzeit intern wie extern werben.
5. Bis Mitte d. J. 2018 können wir belastbare Aussagen treffen, ob auf dieser Basis ein paralleles Angebot Kindeschwimmkurse / "Frühschwimmen" möglich ist und mit welchem finanziellen Zusatzaufwand dies verbunden wäre.

Im Verlauf einer sehr ausführlichen Diskussion wird die Art und Weise, wie der Beschluss der Stadtwerke letztendlich kommuniziert und dass der BZA-Neviges nicht (vorab) in Kenntnis gesetzt worden sei, für unglücklich befunden.

Den Vorschlag, das Frühschwimmen in Neviges einmal wöchentlich anzubieten, wird als nicht ausreichend bezeichnet. Im Rat besteht grundsätzliches Einvernehmen, die Vertreter der Stadt Velbert in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Velbert anzuweisen, es zu ermöglichen, dass mindestens an 2 Tagen pro Woche das Frühschwimmen im Panoramabad ab 6:30 Uhr angeboten werden könne.

Es soll versucht werden, dass das dafür benötigte Personal durch entsprechende Einsatzplanung der Belegschaft der beiden anderen Schwimmbäder in Velbert-Mitte und Velbert-Langenberg bereitgestellt werden kann.

Ggf. seien die Frühschwimmereinheiten in den anderen beiden Bädern entsprechend zu reduzieren.

Im Rahmen der Diskussion wird seitens der CDU-Fraktion erwartet, dass in diesem Fall auch die Bezirksausschüsse Velbert-Mitte und Velbert-Langenberg entsprechend in die Debatte mit einbezogen werden müssen.

Es besteht im Rat Einvernehmen darüber, dass der im BZA-Neviges gefasste Beschluss, wieder ein tägliches Frühschwimmen im Panoramabad zu ermöglichen, nicht mehr zur Entscheidungsfindung anstehe.

Nach dem Antrag zur Geschäftsordnung zum Ende der Debatte durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt der Bürgermeister in Anlehnung an die vorausgegangene Beratung nachfolgenden Beschluss zur Abstimmung.

Im Rat formulierter Beschluss:

Der Rat der Stadt Velbert weist die Vertreter der Stadt Velbert in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Velbert an, es zu ermöglichen, dass mindestens an 2 Tagen pro Woche das Frühschwimmen ab 6:30 Uhr angeboten wird.

Das dafür benötigte Personal soll durch entsprechende Umschichtungen des Personals der beiden anderen Schwimmbäder in Velbert-Mitte und Velbert Langenberg bereitgestellt werden.

Die Bezirksausschüsse Velbert-Mitte und Velbert-Langenberg sind entsprechend zu beteiligen, um diese Thematik zu beraten.

Beratungsergebnis: 26 Stimmen dafür
30 Stimmen dagegen
3 Enthaltungen

21. Neuwahlen zu den Ausschüssen

21.1 Neuwahlen zu den Ausschüssen

Vorlage: 410/2017

Jugendhilfeausschuss:

Zustimmend wird zur Kenntnis genommen, dass dem Jugendhilfeausschuss als Vertretung des Jugendelternbeirats Herr Lutz Germann anstelle von Frau Gundra Stückrath als beratendes Mitglied und Herr Wolfgang Rosin anstelle von Frau Dr. Susanne Puns-
mann als stellv. beratendes Mitglied angehören.

BZA Velbert-Langenberg:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Vorschlag, Frau Gerlinde Koch (UVB) anstelle von Frau Hannah aus dem Siepen zum 2. stellv. Mitglied des BZA Velbert-Langenberg zu wählen, wird angenommen.

BZA Velbert-Neviges:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Vorschlag, Herrn Jörg Kömp-Böhm (UVB) anstelle von Herrn Patrick Poppek zum 2. stellv. Mitglied des BZA Velbert-Neviges zu wählen, wird angenommen.

Ausschuss für Schule und Bildung:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Vorschlag, Herrn Ivo Simic (SPD) anstelle von Frau Petra Trost zum ordentlichen Mitglied des Ausschusses für Schule und Bildung zu wählen, wird angenommen.
Der Vorschlag, Frau Petra Trost (SPD) anstelle von Herrn Ivo Simic zum 1. stellv. Mitglied des Ausschusses für Schule und Bildung zu wählen, wird angenommen.

Zweckverbandsversammlung Klinikum Niederberg:

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Wahlvorschlag, Frau Ute Meulenkamp (SPD) als stellv. Mitglied für Herrn Ralf Wilke in die Zweckverbandsversammlung Klinikum Niederberg zu entsenden, wird angenommen.

Aufsichtsrat der Kultur- und Veranstaltungs- GmbH (KVV):

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmiger Beschluss:**

Der Wahlvorschlag, Herrn Otto Schaubruch (SPD) als stellv. ordentliches Mitglied für Frau Ute Meulenkamp in den Aufsichtsrat der Kultur- und Veranstaltungs- GmbH zu entsenden, wird angenommen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

21.2 Bestellung der Mitglieder des Rates der Stadt Velbert für den Lenkungskreis "Strategie zur Optimierung des Gesamtkonzerns Stadt Velbert"

Vorlage: 337/2017

Der Bürgermeister liest die jeweils von den Fraktionen benannten Mitglieder für den Lenkungskreis "Strategie zur Optimierung des Gesamtkonzerns Stadt Velbert" vor und stellt diesbezüglich Einvernehmen fest.

Beschluss:

Als Mitglieder des Rates der Stadt Velbert für den Lenkungskreis "Strategie zur Optimierung des Gesamtkonzerns Stadt Velbert" werden bestellt:

Stimmberechtigte Mitglieder:

1. Schneider, Karsten
2. Bolz, Manfred
3. Hofmann, Rene
4. Hübinger, Rainer
5. Münchow, Volker
6. Becker, Viola
7. Dr. Kanschat, Esther
8. Oentrich, Peter
9. Hilgers, Thorsten
10. aus dem Siepen, Dirk

Beratende Mitglieder:

11. Spiekermann, Sonja
12. Schwarz, Martin

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

22. Nachträge

Nachträge liegen nicht vor.

23. Mitteilungen der Verwaltung

Es erfolgen keine Mitteilungen der Verwaltung.

24. Verschiedenes

Seitens der SPD-Fraktion wird ausgeführt, dass die Anzahl der Sitzungen der politischen Gremien der Stadt Velbert an einem Montag zugenommen habe. Mit dem Hinweis, dass montags grds. Fraktionssitzungen stattfinden würden, appelliert die SPD-Fraktion, dass sämtliche Vorsitzenden der Ausschüsse bei der Terminierung ihrer Sitzungen dies entsprechend berücksichtigen mögen.

Der Bürgermeister führt aus, dass der Montag nicht grds. als Sitzungstag vorgesehen sei und es sich bei Sitzungen an einem Montag meist um (außerplanmäßige) Sondersitzungen handeln würde.

Die FDP-Fraktion bittet darum, dass personenbezogene Einladungen zusätzlich auch an die Fraktionen gesandt werden, damit sichergestellt werden könne, dass im Bedarfsfall Stellvertreter entsandt werden könnten.

Seitens der Fraktion Velbert anders wird vorgetragen, dass mehrere Anfragen einer Einwohnerin hinsichtlich der Lkw-Probleme im oberen Bereich der Hügelstraße bisher nicht beantwortet worden seien. Die Einwohnerin habe sich diesbezüglich an die TBV gewandt und auch im Rahmen einer Bürgermeistersprechstunde auf dem Nevigeser Wochenmarkt vorgesprochen.

Der Bürgermeister sagt eine Klärung zu.

Auf die Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an Herrn Lindemann (Vorstand TBV AöR), wann die Verkehrsschilder der ehemaligen B 224 gegen die Schilder der A 535 auf Velberter Stadtgebiet ausgetauscht würden, wird auf die Zuständigkeit der Straßenverkehrsbehörde verwiesen.

Ende der öffentlichen Sitzung gegen 20:15 Uhr

Für die Richtigkeit der Niederschrift:

__gez._____
(Lukrafka)
Bürgermeister

__gez._____
(Weise)
1. stellv. Bürgermeister

__gez._____
(Welte)
Schriftführer